

Medienmitteilung

Freitag, 27. April 2012

Umweltverbände gegen Wasserkraft

Geplante Gewässerschutz-Initiative gefährdet Energiewende

Vertreter von Umweltverbänden haben heute in den Medien eine neue Volksinitiative für mehr Gewässerschutz angekündigt. Damit stellen sie einen wichtigen Teil der Energiewende bereits in Frage, noch bevor das Bundesamt für Energie mögliche neue Wasserkraft-Projekte vorgelegt hat. Das ist ein weiterer Beleg für die widersprüchliche und destruktive Haltung der Umweltverbände.

economisesuisse hat letzte Woche das Vorgehen des Bundesrates in der Energiediskussion kritisch hinterfragt und mehr Realitätssinn gefordert. Die Schweizer Wirtschaft ist entschlossen, einen konstruktiven Beitrag zum Umbau der Energieversorgung zu leisten: Am 18. April 2012 hat z.B. die Energie-Agentur der Wirtschaft aufgezeigt, dass die Unternehmen bis 2050 bis zu sieben Terawattstunden Strom auf freiwilliger Basis sparen können. Für den Beitrag der Wirtschaft braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen. Dazu gehören unter anderem vereinfachte Bewilligungsverfahren für neue Wasserkraftwerke, die für die Versorgungssicherheit dringend notwendig sind.

Dabei geht es nicht um einen Totalausbau der Wasserkraft ohne Rücksicht auf die Natur. Jedoch wird es auch beim Landschafts- und Gewässerschutz nicht ohne Kompromisse gehen, wenn die Energiewende gelingen soll. Die Verhinderungspolitik der Umweltverbände entfernt die Schweiz noch weiter vom Ziel und gefährdet eine sichere, zuverlässige, unabhängige, wettbewerbsfähige und klimafreundliche Stromversorgung.

Rückfragen:

Ursula Fraefel, Mitglied der Geschäftsleitung

Telefon: 079 505 52 87

E-Mail: ursula.fraefel@economisesuisse.ch

Urs Näf, Stv. Leiter Infrastruktur, Energie und Umwelt

Telefon: 076 330 25 56

E-Mail: urs.naef@economisesuisse.ch